

42/22.9.2005

ÖÄK kritisiert Unterfinanzierung der Medizin-Universitäten

Brettenthaler kritisiert „Säumigkeit“ des Bildungsministeriums – Mayer: „Gehrer soll Vereinbarung einhalten“

In der aktuellen Diskussion um den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Österreich hat sich heute auch die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) eingeschaltet. Sie kritisierte in einer Aussendung die „krasse Unterfinanzierung“ der Medizinischen Universitäten. Die Mediziniker kämpften seit ihrer Neugründung mit chronischen Geldproblemen, warnten der Präsident der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK), Dr. Reiner Brettenthaler, und der Obmann der Bundeskurie Angestellte Ärzte, Dr. Harald Mayer. Stellenbesetzungsstopps, teils auch –abbau (Wien) sei an der Tagesordnung. Der Personalmangel führe unter anderem dazu, dass immer mehr Ärzte ihren im Rahmen von Nachtdiensten angefallenen Zeitausgleich nicht konsumieren könnten, aber auch keinen finanziellen Ausgleich dafür erhielten.

„Die Arbeitsbedingungen für Spitzenmediziner werden zunehmend unattraktiver. Dass jetzt noch erwartet wird, dass sie ihrem Dienstgeber quasi Kredite geben, ist eine Zumutung und ein trauriges Zeichen für den Wissenschaftsstandort“, kritisierte ÖÄK-Präsident Reiner Brettenthaler in diesem Zusammenhang. Brettenthaler warf Gehrer „Säumigkeit“ vor. So habe das Bildungsministerium bereits 2002 in einer Arbeitszeitvereinbarung mit Personalvertretungen und Ärztekammer zugesagt, Mittel für eine finanzielle Abgeltung des nicht konsumierten Zeitausgleichs – zumindest für zehn Nachtdienste jährlich, die durch Zeitausgleich abgegolten werden – zur Verfügung zu stellen. Einen entsprechenden Erlass gebe es allerdings bis heute nicht. Die Bildungsministerin sei aufgefordert, dieses Problem „umgehend“ zu beheben, forderte Brettenthaler.

Mittlerweile sei der Bund den Klinikärztinnen und -ärzten auf diese Weise rund 21 Millionen Euro schuldig, rechnete der Obmann der Bundeskurie Angestellte Ärzte, Dr. Harald Mayer vor. Mayer: „Die Ministerin soll die von ihr persönlich unterzeichnete Vereinbarung endlich einhalten. Es ist lächerlich, dass sie sich bei der Zeitausgleichsfrage darauf beruft, dass die Unis ihre Dienstpläne anders gestalten müssten.“ Offenbar wolle die Ministerin die Verantwortung für die 2002 getroffenen Vereinbarung nun „unter dem Vorwand der Uni-Autonomie“ weiterreichen. Mayer: „Damit werden wir uns sicher nicht zufrieden geben.“ Die Österreichische Ärztekammer pochte darauf, dass die Vereinbarung, die sich als Teil der Arbeitszeitvereinbarung vom 1. Februar 2002 versteht, auch eingehalten werde.